

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Bremer Antworten auf Pisa-E**

Das deutsche Schulsystem bringt im internationalen Vergleich nicht nur zu viele in grundlegenden Fertigkeiten schlecht ausgebildete Jugendliche hervor. Es lässt zu, dass Kinder aus sozial benachteiligten oder bildungsfernen Familien sowie Zuwandererkinder wenig Chancen auf gute Bildung haben. Die Pisa-E-Studie zeigt zudem, dass dies für das Land Bremen noch stärker als für andere Bundesländer gilt.

Deutschland und auch Bremen braucht aus sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen mehr gut ausgebildete Jugendliche. Der Anteil der Abiturienten muss über dem europäischen Durchschnitt liegen. Die dazu notwendigen Reformen des Bildungssystems müssen eine andere Lern- und Unterrichtskultur bei Lehrpersonal und Schülerinnen und Schülern zum Ziel haben: Individuelle Förderung aller Kinder, sowohl zum Ausgleich von Lerndefiziten als auch zur Entwicklung von Begabungen, und Akzeptanz der Heterogenität, statt alle Kinder mit einer Elle zu messen, ist pädagogischer Kern der Reform.

Ein Mittel der Reform ist, entsprechend den Erfahrungen anderer, erfolgreicher europäischer Länder ein einheitliches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschulreife zu schaffen: Eine Schule für alle Kinder vom 1. bis 9. oder 10. Schuljahr als Ganztagschule.

Auf dem Weg dorthin, der nicht von Bremen allein, sondern nur im nationalen Konsens wichtiger gesellschaftlicher Kräfte gegangen werden kann, müssen jetzt Strukturreformen des Bremer Schulsystems eingeleitet werden. Sie müssen Ganztagschulen, längeren gemeinsamen Unterricht aller Kinder, spätere Zuordnung der Kinder zu den unterschiedlichen Bildungszweigen und mehr Durchlässigkeit in Richtung höhere Abschlüsse sowie weniger Schulwechsel zur Folge haben.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, rechtzeitig zur Umsetzung im Schuljahr 2003/2004 folgende Veränderungen einzuleiten:
 - Kindergärten als erste Phase eines einheitlichen Bildungssystems auszubauen. Kindergärten brauchen wie Schulen einen Bildungsplan, der allgemeine Lern- und Entwicklungsziele als Rahmen für individuelle Entwicklung und Förderung benennt und Umsetzungswege anbietet.
 - die Zahl der Schulen mit Ganztagsangeboten in allen Schulstufen in beiden Städten wesentlich zu erhöhen. Diese Schulen sollen sich zu echten Ganztagschulen entwickeln. Sie ermöglichen aufgrund angepasster Lern- und Unterrichtsformen die flexible Förderung von Kindern und eine vielfältige Gestaltung von Lernen.

In erster Linie sollen Grundschulen zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Bis 2007 sollen Ganztagschulen für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen eingeführt werden.

- schrittweiser Aufbau der sechsjährigen Grundschule für alle Kinder in Bremen bis zum Jahr 2007 bei gleichzeitiger Aufhebung der Orientierungsstufe. Die sechsjährige Grundschule soll mit einer flexiblen und jahrgangsübergreifenden Eingangsphase beginnen.
- in den Schulzentren vorrangig die Klassen 7 bis 10 der Haupt- und Realschulabteilungen zusammenzuführen. Die Schulen können weitergehende Kooperationen oder die Integration von Bildungsgängen entwickeln. Im Interesse einer Erhöhung der Abiturientenzahlen, auch aus bildungsfernen Gruppen, sind Bildungsgänge, die zum Abitur führen, in allen Stadtteilen, besonders aber in Stadtrandlagen zu stärken.
- Zusammenführung gymnasialer Oberstufen mit Schulzentren und Gesamtschulen zu durchgängigen Schulen, in denen das Abitur von allen Jugendlichen nach 12 oder 13 Jahren abgelegt werden kann.
- verbindliche, auf die Ergebnisse der Pisa-Studien gerichtete Fortbildung von Erzieher/-innen und Lehrer/-innen einzuführen, die durch Stundenreduzierung an anderer Stelle unterstützt werden.
- größere pädagogische, wirtschaftliche und personelle Selbstständigkeit einzelner Kindergärten und Schulen im Rahmen klarer Zielvorgaben und Leistungsvereinbarungen. Um dies zu erreichen, sollen Instrumente zur internen Evaluation und deren Einsatz entwickelt werden. Zeitgleich soll die Unterstützung durch externe Beratung und Bewertung, auch im Vergleich und Wettbewerb vergleichbarer Kindergärten und Schulen, aufgebaut werden.

Die städtischen Jugend- und Schulbehörden garantieren Unterstützung bei der Entwicklung eines Qualitätsmanagements für Kindergärten und Schulen.

2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 28. Februar 2003 über die Einleitung und Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zu berichten. Dieser Bericht soll auch die Kosten und die Finanzierung umfassen. Sofern der Bund Mittel zur Förderung der Bildung, insbesondere der Ganztagsbetreuung bereitstellt, wird der Senat aufgefordert, entsprechend den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes entschieden dafür einzutreten, dass Bremen als Haushaltsnotlagenland überproportional berücksichtigt wird.
3. Der Senat wird gebeten, die einzelnen Maßnahmen mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven mit dem Ziel zu beraten, dass das Schulsystem im Land sich gleichzeitig und in gleicher Form entwickelt.

Mützelburg, Anja Stahmann,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen